

Haushalt wird entlastet

Bad.Zeitung
5.11.2003

Gottenheimer Wasserversorgung künftig als Eigenbetrieb / Keine Auswirkung auf Gebühren

GOTTENHEIM (ms). Zum 1. Januar 2004 wird die Wasserversorgung der Gemeinde Gottenheim als Eigenbetrieb ausgegliedert, beschloss der Gemeinderat einstimmig in seiner jüngsten Sitzung. Zuvor hatte Wirtschaftsprüfer Ulrich Krauß von der Stuttgarter Wikom AG noch einmal die Vorteile der Ausgliederung erläutert und damit letzte Zweifel einiger Räte ausgeräumt.

Viele Gemeinden ringsum führten ihre Wasserversorgung schon als Eigenbetrieb, berichtete Bürgermeister Alfred Schwenninger in seiner Einführung. Dadurch würden die Kosten für das Trinkwasser transparenter und die neu entstehende Firma könnte nun das Kapital für ihren Betrieb selber aufnehmen.

Bisher stelle die Gemeinde mit einem internen Darlehen das Eigenkapital der Firma. Für die Gemeinde würden so Gelder in Höhe von rund 600 000 bis 900 000 Euro frei, die nun für andere Zwecke, wie zum Beispiel den Bau der Mehrzweckhalle verwendet werden könnten.

Vorteile für die Gemeinde sieht Schwenninger darin, dass künftige Investitionskosten ohne Belastung des Vermögenshaushaltes finanziert werden können. Hinzu komme, dass die eingenommenen Wassergebühren künftig in voller Höhe zweckgebunden verwendet werden, die Kostenrechnung transparenter dargestellt werden kann und die Verrechnung der Zinsen und Tilgungen mit den eingenommenen Kosten genauer nachvollzogen werden könnten.

Kurt Hartenbach (FWG) fragte nach, ob dieses Modell auch für die Abwasserentsorgung sinnvoll wäre. Darauf antwortete Wirtschaftsprüfer Krauß, dass dies möglich sei und andere Gemeinde dies auch täten. Doch es mache eigentlich nur Sinn, wenn man dem neuen Eigenbetrieb auch gleich Schulden zuordnen würde. Andernfalls entstünde beim Eigenbetrieb Abwasser schnell Eigenkapital und dann sei es schwer, dem Bürger zu erklären, warum man so hohe Gebühren für einen Betrieb zahlen müsse, der doch einen Überschuss erwirtschaftete.

Grundsätzlich mache die Ausgliederung der Wasserversorgung jedoch Sinn,

erläutert Krauß weiter, weil die Gemeinde sich damit kommunalpolitische Freiräume schaffen könne. Auf die Wassergebühren selber habe dies jedoch keine Auswirkungen.

Wichtig sei jedoch, dass der Betrieb zwar kostendeckend arbeite, aber auf die Erzielung von Gewinnen verzichte. So müssten dann keine Gewerbesteuern abgeführt werden. Außerdem sei darauf zu achten, dass der Verwaltungsapparat für den Eigenbetrieb möglichst klein gehalten werde, damit an dieser Stelle keine unnötigen Mehrkosten entstünden,

Lioba Himmelsbach (Frauenliste) fragte, ob eine Umwandlung der Wasserversorgung auch Sinn machen würde, wenn die Mehrzweckhalle nicht gebaut würde. Man habe dann doch keinen Entschuldigungsdruck.

Der Bürgermeister erklärte, dass dies sehr wohl sinnvoll sei. Dies könne man schon daran erkennen, dass andere Gemeinde den Schritt schon vor längerer Zeit getan hätten, ohne eine neue Halle zu bauen. Der Grundgedanke sei aber im Gottenheimer Fall sicher die Kapitalbeschaffung.